

Hanspeter Heeb  
glp  
Seeblickstr. 9a  
8590 Romanshorn

+ 34

EINGANG GR 3. Mai 2023		
GRG Nr.	20	17045 501

## Motion

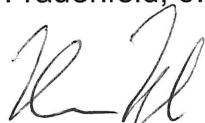
### „Einheitliche steuerliche Behandlung von Ergänzungsleistungsempfängern“

Der Regierungsrat wird **beauftragt**, Änderungen des Gesetzes über die Staats und Gemeindesteuern auszuarbeiten welche bewirken, dass Empfänger von Ergänzungsleistungen in Abgeltung für die Einkommens- und Vermögenssteuern eine geringe Pauschalsteuer entrichten. Gedacht ist an eine Einfache Steuer im Betrag von Fr. 80.–.

### Begründung




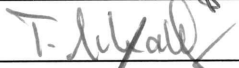
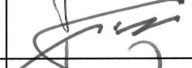






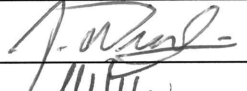







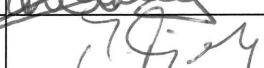

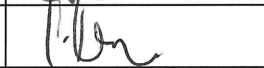
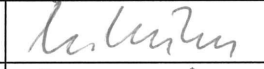




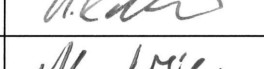

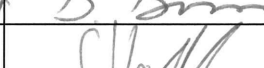


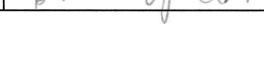

Ergänzungsleistungen sind grundsätzlich nicht steuerbar. Sie übersteigen jedoch das betriebsrechtliche Existenzminimum deutlich. Daher gibt es zahlreiche Fälle, bei denen der Steuerbetrag aus Renten der ersten- und zweiten Säule durchaus beachtlich ist. Häufig stellen diese Personen Steuererlassgesuche, deren Behandlung einen erheblichen Aufwand bedeuten. Nicht selten müssen die Gesuche abgelehnt werden. Bei IV-Rentnern besteht zudem ein Anspruch auf Abzug der behinderungsbedingten Kosten. Diese nachzuweisen (auf Betroffeneneseite), bzw. zu überprüfen (auf Seite der Steuerbehörde), bedeutet auch einen grossen administrativen Aufwand. Schlussendlich sind die erzielten Einnahmen unwesentlich und in keinem Verhältnis zum Aufwand von Veranlagung und Behandlung der Erlassgesuche. Da Empfänger von Ergänzungsleistungen in aller Regel keine Bundessteuer bezahlen, sollte einer kantonalen Pauschalisierung das Bundesrecht nicht entgegenstehen. Für eine Pauschalisierung spricht insbesondere auch der Gerechtigkeitsgedanke. Warum sollen Ergänzungsleistungsempfänger, die selbst weniger vorgesorgt haben und damit die EL zusätzlich belasten, steuerlich besser behandelt werden, als solche, die privat oder in der beruflichen Vorsorge sich eine kleine Rente erwirtschaftet haben. Gar keine Steuer zu erheben scheint den Motionären auch nicht angemessen. Eine kleine Pauschalsteuer ist vertretbar und für EL-Empfänger in aller Regel auch bezahlbar. Um dem Anspruch auf Steuerfreiheit der EL-Leistung gerecht zu werden, muss aber alternativ die Möglichkeit der ordentlichen Besteuerung bestehen. Eine Pauschalisierung für gemeinsam Besteuerte, die nicht auch gemeinsam Anspruch auf EL haben, ist unseres Wissens nicht möglich und auch nicht angemessen. Fr. 80.– einfache Steuer bedeuten etwa Fr. 240.– pro Jahr oder Fr. 20.– pro Monat. Dies scheint den Initianten ein vertretbarer Betrag.

Frauenfeld, 3. Mai 2023



Hanspeter Heeb

Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner der Parlamentarischen Initiative von Hanspeter Heeb  
 „Einheitliche steuerliche Behandlung von Ergänzungsleistungsempfängern“

Name / Vorname (in Blockschrift)	Unterschrift	Name / Vorname (in Blockschrift)	Unterschrift
1 Rüegg Marco		26 Rwegg Jost	
2 Schäfer Jorim		27 Schallenberg Tini	
3 Sigg Alexander		28 Markus Birk	
4 Zeitner Nicole		29 Wolfpender Edith	
5 Ammann Oel		30 Hess hinda	
6 Fisch Ueli		31 Wiesti Jürg	
7 Pagnocini Christina		32 Wilber Marcel	
8 Leuthold Stefan		33 Mader Christian	
9 Jähwyl Barbara		34 Büchi Cornelia	
10 Pösch Bülter		35	
11 Gabriel Walzthony		36	
12 Dietsch Markus		37	
13 Rickwaldisson		38	
14 Böhler Sandra		39	
15 Mathis Martin		40	
16 Simon Weidenmann		41	
17 Didi Feuerle		42	
18 Bétrissey Karin		43	
19 Hauser Conditia		44	
20 Keller Ueli		45	
21 Kreis Matthias		46	
22 Braun Bernhard		47	
23 Vogel Simon		48	
24 Harthart Erika		49	
25 Vanlanthen Isabelle		50	